



**Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
im Rat der Stadt Sarstedt**

An Frau Bürgermeisterin
Heike Brennecke
Steinstraße 22
31157 Sarstedt

Sarstedt, 04. 06. 2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Brennecke,

im Rahmen der Diskussion über die zukünftige Behandlung des in der Gemeinde anfallenden Klärschlammes, fordern wir grundlegende Informationen über den momentanen Stand der technischen Möglichkeiten. Nur so wird gewährleistet das der Rat der Stadt fach- und sachgerecht eine Entscheidung treffen kann.

Wir bitten Sie im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den folgenden Antrag in den zuständigen Ratsgremien behandeln und im Rat beschließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
Thomas Kirschner
(Fraktionsmitglied)

.....
Harald Sandner
(Fraktionsvorsitzender)

Beschlussvorschlag

Im Zusammenhang mit der zukünftigen Bearbeitung, Verwertung und weiteren Umgang mit Klärschlamm, bzw. seinen Neben- und Endprodukten wird die Verwaltung verpflichtet alle technisch möglichen Verfahren zu überprüfen. Dieses geschieht durch das Heranziehen von Stellungnahmen von Seiten der Wissenschaft, Technik, Behörden und Umweltverbänden.

Um die Bürgerinnen und Bürger von vornherein in diesen Entscheidungsprozess einzubinden, sind die Stellungnahmen von der Stadtverwaltung im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen durchzuführen, zu diskutieren und zu bewerten.

Begründung

Da in der momentanen Situation eine eindeutige Festlegung auf ein Verfahren der Klärschlammbehandlung, wie sie in Zukunft durch die EU-Richtlinie vorgeschrieben wird, nicht möglich ist, gilt es zunächst sich einen fundierten Überblick über die technischen Möglichkeiten zu verschaffen. Darüber hinaus sind das Pro und Kontra der Argumente, die aus der wissenschaftlichen Forschung resultieren, ebenso darzustellen, wie die Einschätzung der letztendlich entscheidenden Behörden.

Um voreiligen und emotionalen Entscheidungen vorzubeugen, die letztendlich nur zu einer Polarisierung der Meinungen innerhalb der Gesellschaft führt, ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit und deren gesellschaftlichen Verbände zwingend notwendig. Nur durch das Einbeziehen der Bevölkerung können deren Bedenken und möglichen Ängste frühzeitig begegnet und ggf. ausgeräumt werden. Dieses verhindert eine Politik Verdrossenheit, aber auch ein langes Klageverfahren kann ggf. frühzeitig vermieden werden.